Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 06.07.2018

Kritik an Metalltarif

Bielefeld/Gütersloh (WB). Die Gremien der Metallarbeitgeberverbände Bielefeld-Herford-Minden sowie Gütersloh haben sich für eine Übernahme des NRW-Tarifabschlusses ausgesprochen. Deren beiden Vorsitzenden Dr. Ernst Wolf (Gütersloh) und Reinhard Tweer (Bielefeld) sehen aber Gefahren für die Zukunft der Tarifbindung vor allem im Mittelstand. Wolf warnt, dass das hohe Lohnniveau und die Komplexität des Tarifabschlusses »Betriebe aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit vermehrt zu Auslandsaktivitäten zwingen«. Die Regelungen zu Arbeitszeitverkürzungen seien eine Belastung der betrieblichen Organisation, erklärt Tweer.

Bielefeld

Neue Westfälische vom 08.03.2018

DGB ruft zur Betriebsratswahl auf

Mitbestimmung: In Bielefeld können rund 100.000 Beschäftigte ihre Arbeitnehmervertreter wählen. AfD-nahe Listen spielen laut Gewerkschaft keine Rolle

Von Sebastian Kaiser

■ **Bielefeld** (bast). Rund 100.000 Beschäftigte in der Stadt sind noch bis Mitte Mai aufgerufen, Betriebsräte in ihren Unternehmen zu wählen. Abstimmen dürfen Mitarbeiter in Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten – auch 450-Euro-Kräfte oder Leiharbeiter. Die DGB-Gewerkschaften rechnen mit einer sehr hohen Wahlbeteiligung. Zuletzt gingen 2014 79 Prozent der Stimmberechtigten an die Urnen.

Für Anke Unger, Geschäftsführerin des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in OWL, geht es dabei um mehr als Demokratie und Mitbestimmung in Unternehmen. „Betriebsräte achten auch auf die Einhaltung von Tarifverträgen und sind Ansprechpartner für Kollegen und Geschäftsführer." Betriebsräte entscheiden mit, wenn es um Arbeitszeiten, Eingruppierungen, Kündigungen oder Weiterbildung geht. „In Großbetrieben wird das hochprofessionell gemanagt, in kleinen Firmen kümmern sich ehrenamtliche Betriebsräte auch in den Mittagspausen oder nach Feierabend um die Belange ihrer Kollegen", sagt Hermann Janßen von der Dienstleister-Gewerkschaft ver.di.

Das komme auch den Arbeitgebern zugute, so Unger. Mitbestimmte Betriebe seien beispielsweise um 23 Prozent produktiver als solche ohne Betriebsrat, hat eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung ergeben.

Werben für die Betriebsratswahlen: *(v.l.) Hans-Jürgen Wentzlaff (IG Metall), Gianpaolo Mosca (IG BAU), Anke Unger (DGB), Thorsten Kleile (NGG) und Hermann Janßen (ver.di) gehen von einer hohen Wahlbeteiligung aus.* FOTO: WOLFGANG RUDOLF

Bei den Betriebsratswahlen haben die Kandidaten der DGB-Gewerkschaften regelmäßig Konkurrenz durch Bewerber anderer Listen. Das sind meist etablierte Verbände wie christliche Gewerkschaften oder berufsständische Organisationen. AfD-nahe Listen spielten in Bielefeld keine Rolle, so Anke Unger. „Wir haben keine organisierte Form des Rechtspopulismus festgestellt." Hans-Jürgen Wentzlaff (IG Metall) macht deutlich: „Wir stehen für Respekt und Vielfalt und gegen jede Form von Rassismus und Chauvinismus."

Die DGB-Gewerkschaften benennen in diesem Jahr „so viele Kandidaten wie noch nie", sagt Hermann Janßen. Darunter seien etliche junge Frauen etwa aus dem Dienstleistungsgebreich oder aus Callcentern. In jedem zweiten Betrieb der Stadt gebe es bereits Betriebsräte. Probleme, neue zu gründen, treten laut Gewerkschaft beispielsweise in der Gebäudereiniger-, Pflege- oder Sicherheitsbranche auf. Zukunftsthema auch für Betriebsräte sei die Digitalisierung. „Dadurch ändern sich auch Qualifizierungsprofile, und das hat Folgen für die Beschäftigten", sagt Wentzlaff.

AfA

◆ Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) der Bielefelder SPD unterstützt den Aufruf der Gewerkschaften.

◆ Betriebsräte seien ein Grundpfeiler der sozialen Wirtschaftsordnung. „Betriebliche Mitbestimmung ist eine Voraussetzung für sichere Beschäftigung", sagt AfA-Unterbezirksvorsitzender Reinhard Wellenbrink.

Bielefeld

Neue Westfälische vom 15.03.2018

Arbeitgeber fürchten Flucht aus dem Tarif

Metall: Verbände sorgen sich vor allem um mittelständische Betriebe

■ **Bielefeld** (nw). Der Tarifkonflikt ist beendet, die Sorgen bleiben. Die heimischen Unternehmer Ernst Wolf (Vorsitzender Metallarbeitgeber Gütersloh) als Vizepräsident von Metall NRW und Reinhard Tweer (Vorsitzender Metallarbeitgeber Bielefeld-Herford-Minden) fürchten die Flucht weiterer Unternehmen aus dem System der Flächentarifverträge.

Aufgabe der Gewerkschaft sei es nun, „den Arbeitsfrieden gezielt dazu zu nutzen, gemeinsam mit der Arbeitgeberseite daran zu arbeiten, den Flächentarifvertrag mittelstandsfreundlicher und damit zukunftsfester zu gestalten". Die Gremien der Metallarbeitgeberverbände hätten dem Ergebnis zugestimmt, allerdings mit kräftigem Bauchgrimmen. Der Entgeltbeschluss sei „eine starke Hypothek", sagt Tweer. Wolf hebt als positiv hervor, dass der zusätzliche Teilzeitlohnausgleich für Beschäftigte bei Absenkung ihrer Arbeitszeit nicht kommt. Es werde auch künftig gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt. Tweer bezweifelt, dass der Abschluss den Rückzug aus der Tarifbindung aufhält.

Aus Wolfs Sicht werde wegen des hohen Tarifniveaus und der Komplexität des Tarifabschlusses die Neigung der Betriebe steigern, in Zukunft verstärkt im Ausland zu investierten.

Bielefeld

Neue Westfälische vom 30.03.2018

Schieflage auf dem Ausbildungsmarkt

Arbeitsagentur-Bilanz: Die Wirtschaft brummt. Aber 1.126 junge Menschen suchen Lehrstellen

■ **Bielefeld** (dro). Der Arbeitsmarkt brummt. 7,4 Prozent beträgt die Arbeitslosenquote im März. Das sind 0,3 Prozent weniger als im Februar und satte 1,4 Prozent weniger als im März 2017. Mit 12.959 Jobsuchenden wurde laut Arbeitsagentur-Chef Thomas Richter erstmals seit 1998 die 13.000-er-Marke unterschritten. Arbeitnehmer unter 25 Jahren profitierten von der Hochkonjunktur besonders. Auf dem Ausbildungsmarkt gibt's dagegen eine Schieflage.

Laut Agentur-Halbjahresbilanz von Oktober bis März wollten 2.064 junge Menschen Lehrstelle oder weiterführenden Schulbesuch, 209 weniger als im Vorjahreszeitraum. 938 von ihnen wurden vermittelt, 1.126 nicht. Die Zahl der angebotenen Stellen ging von 1.792 auf 1.724 runter. Damit liegt Bielefeld nicht im NRW-Trend, sagt Thomas Richter: Weniger Bewerber gebe es woanders auch, die Zahl der Stellen in Betrieben sei dort aber nicht gesunken.

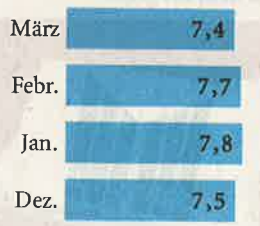
Auf 84 Ausbildungsplätze kämen aktuell 100 Bewerber. „Um alle zu versorgen, bräuchten wir 115 bis 120 Plätze", so Richter. 2017 kamen auf 100 Bewerber aber sogar nur 79 Plätze. Der Bewerber-Rückgang war jüngst schlicht noch stärker als der Rückgang an Ausbildungsplätzen.

941 Ausbildungsplätze sind aktuell unbesetzt. Arbeitsagentur und Co. seien derzeit akribisch dabei, noch möglichst viele Jugendliche zum Traumjob zu lotsen. Berufsberaterin Antje Heitbreder ermuntert Nachzügler zum Vorbeischauen: „Firmen melden in den Bereichen Büro, Assistenzen und Handwerk Stellen nach." Händeringend gesucht werde in der Baubranche, ergänzt ihr Kollege Simon Dreimann. Und trotz angestaubten Images sei die Sparte Sanitär, Heizung, Klimatechnik für Anlagenmechaniker besonders zukunftsträchtig. „Das ist High-Tech", sagt Thomas Richter.

Die Fachleute betonen, dass weitere Schuljahre auf den ersten Blick „bequem" seien, aber für etliche Jugendliche wohl die falsche Wahl. Zudem könne man nach Ausbildungen noch Fach-, Betriebswirt oder Meister werden. „Und von Beginn an gibt's Geld."

Arbeitslose

Quote in Bielefeld



QUELLE: ARBEITSAGENT.

Bielefeld

Neue Westfälische vom 30.03.2018

Ostermarsch vor 60 Jahren

Gegen Krieg: 1958 organisierte Kurt Vogelsang, Erster Bevollmächtigter der IG Metall, den ersten Ostermarsch. Weggefährtin und Gewerkschafterin Elfriede Haug (87) beteiligt sich bis heute daran

Von Christina Falke und Sylvia Tetmeyer

Anfang der 70er Jahre: *Die Ostermärsche beschäftigten sich in diesen Jahren mit Kampagnen für die Abrüstung. Rund 1.000 Bielefelder waren unterwegs. Treffpunkt war der Alte Markt. Themen waren auch der Vietnamkrieg und Berufsverbote.* FOTO: PRIVAT

■ Bielefeld. „Abrüstung und Frieden statt Krieg" lautet das Motto zum Ostermarsch, zu dem die Bielefelder Friedensinitiative am Ostersamstag, 31. März, um 11.30 Uhr auf dem Kesselbrink aufruft. Anschließend führt eine Demonstration zum Jahnplatz. Schon vor 60 Jahren protestierten viele Bielefelder gegen Krieg und Aufrüstung. Zwei, die damals dabei waren, erinnern sich:

IN LONDON ZUR RÜSTUNGSFABRIK

„Wir waren alle Menschen mit demselben Wunsch: Es darf nie wieder Krieg geben", erinnert sich Irmgard Vogelsang sechzig Jahre zurück. Damals hatte ihr Mann Kurt den ersten Ostermarsch in Bielefeld organisiert. Ein Jahr zuvor waren sie gemeinsam nach London gereist, um dort an dem allerersten und legendären Ostermarsch teilzunehmen.

„Wir waren in England vier Tage lang unterwegs, übernachteten in Turnhallen auf dem Boden und fliegende Händler versorgten uns mit Essen", erzählte Irmgard Vogelsang. Der erste Ostermarsch führte an die 700 Teilnehmer von der Londoner City über den 80 Kilometer langen Weg hin zur Rüstungsfabrik Aldermaston.

Angesteckt von der Euphorie und dem Gedanken des ewigen Friedens organisierte Kurt Vogelsang im Jahr darauf einen Ostermarsch in Bielefeld. Durch seine Mitgliedschaft in der IG Metall und in der SPD fand er schnell Gleichgesinnte, und auch über ein Inserat in der Zeitung. Am Vormittag des Ostersonntags trafen sie sich an der Radrennbahn – von dort aus ging es über Brackwede nach Gütersloh.

„Es waren ja auch viele Kinder dabei, da konnte das nicht so lange gehen. Aber ich erinnere mich an einen recht langen Zug", so die Witwe des Sozialdemokraten, die sich an die genaue Teilnehmer-Zahl heute nicht mehr erinnern kann.

Bis 1966 ist sie jedes Jahr an der Seite ihres Mannes dabei gewesen – „dann aber kam das erste Kind und dann bin ich nicht mehr mitgegangen".

1925 geboren, erlernte Kurt Vogelsang ab 1940 den Beruf des Werkzeugmachers bei Kochs Adler. Drei Jahre später wurde er als Soldat eingezogen. 1950 kehrte er aus russischer Gefangenschaft zurück. Er nahm seinen Beruf im Lehrbetrieb wieder auf und trat gleichzeitig in die Gewerkschaft und die SPD ein. Kurt Vogelsang wurde hauptberuflicher Sekretär der IG Metall und schließlich deren „Erster Bevollmächtigter". Ab 1972 war er als Mitglied des Bundestages vorwiegend in Bonn tätig. „Er hat immer für den Frieden gekämpft und das ist heute genauso wichtig, wie damals", sagt Irmgard Vogelsang und denkt dabei ihre zwei Söhne und die sechs Enkel.

Früher: *Die Bilder im Album zeigen Elfriede Haug als 43-Jährige. Sie war damals Spitzenkandidatin der DKP.* FOTO: SYLVIA TETMEYER

Erinnert sich: *Irmgard Vogelsang.* FOTO: CHRISTINA FALKE

Hat den Marsch organisiert: *Kurt Vogelsang.* FOTO: ANDREAS FRÜCHT

MARSCH INS RUHRGEBIET

Elfriede Haug (87) hat sich schon als junges Mädchen für Politik interessiert. Der Vater der gebürtigen Wilhelmshavenerin wurde während der Naziherrschaft als Kommunist verfolgt. Er überlebte das Konzentrationslager und saß später im Stadtrat. Elfriede entschied sich 1951 für ein Journalismusstudium und arbeitete bei einer kommunistischen Zeitung.

Sie trat in die IG Metall ein und zog 1959 nach Bielefeld. Dort wurde sie für die Delegiertenversammlung vorgeschlagen. „Ich hatte ein ausgesprochen gutes Verhältnis zu Kurt Vogelsang. Wir haben uns trotz unterschiedlicher politischer Ansichten immer per Handschlag begrüßt. Mit seiner Schwester war ich befreundet."

Seit 1964 hat Elfriede Haug keinen Ostermarsch in Bielefeld verpasst. Damals traf sich der Planungsausschuss in der Eisenhütte. Mehr als 1.000 Marschierer seien regelmäßig unterwegs gewesen. „Wir sind dann über einsame Landstraßen gezogen, um uns am Ruhrmarsch zu beteiligen", erzählt Haug.

Über Gütersloh und Hamm ging es nach Dortmund zur Abschlusskundgebung. Auch am Samstag ist sie wieder dabei, sammelt Unterschriften und unterhält sich mit Gleichgesinnten. „Man muss was machen und immer in Bewegung bleiben. Beten alleine hilft nicht", betont sie.

IGM Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 05.04.2018

Jeder vierte Azubi wirft hin

DGB sieht Grund in schlechter Bezahlung – Experten widersprechen

Von Stefan Vetter und Edgar Fels

Bielefeld (WB). Mehr als jeder vierte Lehrling bricht seine Berufsausbildung vorzeitig ab – so viele wie noch nie seit den 1990er Jahren. Etwas besser sieht es in OWL aus.

2016 wurden gut 146.000 Ausbildungsverträge vorzeitig aufgelöst, wie es im Berufsbildungsbericht der Bundesregierung heißt. Der Anteil der Abbrüche liege bei knapp 26 Prozent und damit zum Teil deutlich über dem Niveau seit Beginn der 1990er Jahre. Hier bewegten sich die Quoten zwischen 20 und 25 Prozent.

Aktueller sind Zahlen der Industrie- und Handelskammer (IHK) Ostwestfalen und der Handwerkskammer OWL: Der IHK zufolge wurden 2017 mit 1958 Ausbildungsverträgen 21,4 Prozent der entsprechenden Kontrakte wieder aufgelöst. Dabei entfalle der größte Anteil mit zwölf Prozentpunkten auf das erste Ausbildungsjahr, vor allem auf die Probezeit, die bis zu vier Monaten dauern kann.

Im OWL-Handwerk haben von den 10.125 Auszubildenden 1573 junge Leute ihren Ausbildungsvertrag gelöst. »Das sind 15,5 Prozent«, teilte eine Sprecherin gestern mit. Im Jahr davor seien es 16,1 Prozent gewesen. »Viele junge Leute, die ihren Ausbildungsvertrag auflösen, wechseln den Ausbildungsbetrieb und zumeist auch den Ausbildungsberuf, bleiben aber dem Handwerk treu«, betonte die Kammer weiter.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sieht das Hauptproblem in der Bezahlung der Azubis. Dort, wo die Vergütung besonders niedrig sei, seien auch die Abbrecherquoten extrem hoch, sagte DGB-Vize Elke Hannack. Als Beispiel führte sie das Friseurhandwerk an. Dort starteten pro Jahr im Schnitt etwas mehr als 10.000 Jugendliche ihre Ausbildung, aber nur gut 5.000 Azubis würden letztlich die Prüfung absolvieren. »Viele steigen vorher aus, da sie mit der kargen Vergütung nicht über die Runden kommen«, sagte Hannack.

Der DGB hält eine monatliche Mindestbezahlung von 635 Euro im ersten Ausbildungsjahr für angemessen. Auf diesen Betrag kommen aktuell nur zwölf Prozent der Azubis. Nach einer Datenübersicht der Gewerkschaften ist die Entlohnung aber nur bedingt ein Gradmesser für die vorzeitige Beendigung einer Ausbildung. So werden angehende Maler und Lackierer mit 600 Euro pro Monat im ersten Ausbildungsjahr vergütet. Die Abbruchquote liegt aber trotzdem bei fast 42 Prozent. Dagegen verdienen Schornsteinfeger-Azubis 450 Euro, also deutlich weniger, aber von ihnen springen nur knapp 22 Prozent vorzeitig ab.

Wirtschaftsverbände wie der DIHK warnten vor einer einseitigen Fixierung auf die Vergütung. Auch nach Einschätzung der Ausbildungsexpertin am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Doris Wiethölter, ist die Bezahlung nur ein Nebenaspekt. »Entscheidend für einen Azubi sind das Betriebsklima und die Betriebsgröße. Abbrüche häufen sich besonders dort, wo die Ausbildung in Kleinbetrieben erfolgt. Denn dort sind die Arbeitsbedingungen oft weniger attraktiv.«

Vier Branchen – vier unterschiedliche Abbrecherquoten: Vor allem im Gastgewerbe und in der Lebensmitteltechnik (Fotos rechts) sind Lehrlinge offenbar unzufrieden. Fotos: imago (3), dpa

Bielefeld

Neue Westfälische vom 20.04.2018

Stadt baut Zeitverträge ab

Empfang für Arbeitnehmervertreter: Der Oberbürgermeister spricht vor Betriebsräten und Gewerkschaftern. Zunächst sollen in Kitas sachgrundlose Zeitverträge abgeschafft werden

Empfang: *(v. l.) Oberbürgermeister Pit Clausen mit Ute Herkströter (IG Metall), Martina Schu (Verdi), Anke Unger (DGB) und Dirk Toepper (Verdi).*

FOTO: SARAH JONEK

■ **Bielefeld** (bast). Über 6.000 Menschen arbeiten in Diensten der Stadt. Rund 700 von ihnen haben nur befristete Stellen, bei zahlreichen dieser Arbeitsverhältnisse handelt es sich sogar um sogenannte „sachgrundlose Befristungen". Vor allem solche Zeitverträge sollen noch in diesem Jahr abgebaut und in dauerhafte, tarifliche Beschäftigung umgewandelt werden.

Das hat Oberbürgermeister Pit Clausen beim Empfang für Arbeitnehmervertreter angekündigt. Beginnen wolle man bei Kindertagesstätten, wo es zahlreiche Kettenverträge gebe. Die Möglichkeiten zur sachgrundlosen Befristung, per Gesetz einst zur Beschäftigungsförderung eingeführt, hätten sich überlebt, seien überbordet und von Unternehmen ausgenutzt worden. „Auf dem heutigen Arbeitsmarkt sind sie kein geeignetes Instrument mehr, um qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu binden", so der OB.

Clausen ging auch auf die Entwicklungen des Arbeitsmarktes ein. Die derzeitige Erwerbslosenquote von 7,4 Prozent in Bielefeld sei zwar so niedrig wie zuletzt vor 20 Jahren, bedeute aber immer noch rund 13.000 Arbeitslose in der Stadt. Ermutigend sei allerdings, dass es 151.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in der Stadt gebe – „so viele wie noch nie".

Doch bei vielen Menschen reiche trotz Vollzeitbeschäftigung das Einkommen nicht aus, um den Lebensunterhalt zu finanzieren. „Sie sind auf aufstockende Sozialleistungen angewiesen und das ist nicht akzeptabel." Das sei ein Indiz dafür, dass es in einigen Branchen und beim Mindestlohn noch „Justierungsbedarf" gebe, sagte Clausen unter dem Applaus der Betriebsräte und Gewerkschafter. Auch für zu viele Rentner reichten die Ruhestandsbezüge nach einem langen Arbeitsleben nicht: „Hier brauchen wir pauschale und faire Lösungen."

Selbstkritisch beleuchtete Clausen die Situation auf dem Ausbildungsmarkt. Noch immer habe man es nicht geschafft, dass jeder Lehrstellenbewerber in Bielefeld ein Ausbildungsplatzangebot erhalte. Auch die von ihm 2014 ins Leben gerufene Ausbildungsplatzoffensive sei noch nicht am Ziel. Daher lege die Stadt nach: In diesem Jahr und 2019 könne jeder Betrieb, der zusätzlich eine Lehrstelle schaffe, 3.600 Euro Zuschuss erhalten. Zudem bekräftigte der OB sein Versprechen: „Jedem, der sich bei uns meldet und einen Auszubildenden sucht, werden wir drei geeignete Bewerber vermitteln."

Den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst kommentierte er gelassen: Das Ergebnis zeige Augenmaß und gebe 2,5 Jahre Planungssicherheit. Die Stadt hätte zwei Prozent Lohnerhöhung bereits einkalkuliert, das weitere Prozent koste gut eine Million Euro im Jahr – „Das werden wir schaffen."

»Gutes Controlling der Regierung in Berlin«

Gewerkschaften zum 1. Mai: Arbeiten für soziale Gerechtigkeit, moderne Tarifpolitik und Nachwuchswerbung

Von Michael Diekmann

Bielefeld (WB). Der Kampf für Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit bildet für die Gewerkschaften das Motto für die Veranstaltungen am 1. Mai. Hauptredner im Ravensberger Park in Bielefeld ist Alexander Kirchner. Der Chef der Eisenbahngewerkschaft spricht über moderne Tarifpolitik.

Die Große Koalition in Berlin habe sich für die Arbeitnehmer einiges vorgenommen, heißt es im Aufruf des DGB zum 1. Mai, der in Bielefeld traditionell mit Marsch vom DGB-Haus zum Raspi-Park und einem bunten Programm ein Familienfest mit Hintergrund sein soll. Die Pläne der neuen Berliner Regierung, betont Anke Unger (DGB-Regionalgeschäftsführerin) reichten aber nicht.

Es gehe um mehr solidarische Politik und mehr Vielfalt. Hans-Jürgen Wentzlaff (IG Metall) sieht in Berlin zudem genug Bedarf für die Gewerkschaften, als Vertreter der Arbeitnehmer bei den Regierenden für ein wichtiges Controlling zu sorgen, an den wichtigen Punkten entsprechend nachzuschrauben und für die richtigen Weichenstellungen zu sorgen.

Zu den wichtigsten Themen gehört für Verdi-Regionalgeschäftsführerin Martina Schu allen voran die Frage der sozialen Sicherheit: »Nicht nur im Bereich der Rente muss noch ganz viel passieren.« Die Rückkehr aus der Teilzeit in die Vollzeit sei gerade für Frauen ein großes Problem. Überhaupt müssten mehr Arbeitnehmer den Schutz von Tarifverträgen genießen können, gelte es gegen die Verbandsaustritte der Arbeitgeber anzugehen. Mit Interesse erwartet man den Vortrag von Alexander Kirchner, dessen Verkehrsgewerkschaft (EVG) ein interessantes Modell moderner Tarifpolitik verhandelt hatte.

Die Arbeitnehmer können wählen zwischen 2,6 Prozent mehr Geld oder umgerechnet entsprechendem Freizeitgewinn. Dass mehr Arbeitnehmer mehr Flexibilität möchten, bestätigt Hans-Jürgen Wentzlaff. Die von der IG Metall verhandelten Flexibilisierungsmodelle besitzen vielfach Vorbildcharakter. Wentzlaff: »Flexibilisierung von Arbeitszeit darf aber keine Einbahnstraße sein.«

Das Thema Arbeitszeit brennt auch der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten unter den Nägeln. Thorsten Kleile kämpft insbesondere in Gastgewerbe und Bäckereihandwerk gegen die Flucht aus der Tarifbindung. Wo Innungen nicht im Landesverband sind, wird unter Tarif gezahlt, so Kleile. Gleichzeitig versuche die Gastronomie, mit dem Wechsel auf Wochenarbeitszeit den täglichen Stundeneinsatz aufzuweichen. Eine klare Absage haben die Gewerkschaften unter dem Dach des DGB auch an die Pläne acht verkaufsoffener Sonntage.

Planen das Programm für den 1. Mai in Bielefeld (von links): Anke Unger, Hans-Jürgen Wentzlaff, Thorsten Kleile, Martina Schu, Petra Meyer und Werner Kellas. Foto: Michael Diekmann

Großes Engagement wollen alle daran verwenden, mehr Jugendliche für Mitgliedschaft und Engagement in der Gewerkschaft zu gewinnen. Insbesondere bei Verdi lasse das große Maß an individuellem Beratungsbedarf wenig Raum, gezielt für die Neuinstallation von Betriebsräten in Unternehmen zu werben. Die Ressorts will man laut Martina Schu jetzt trennen.

Der 1. Mai in Bielefeld beginnt mit der Demonstration ab 10.30 Uhr an der Markstraße. Um 11.15 Uhr beginnt das Programm im Raspi-Park mit Grußworten von Dirk Toepper (DGB) und OB Pit Clausen. Die DGB-Frauen bereiten eine Revue zu 100 Jahren Frauenbewegung vor, die DGB-Jugend wirbt für das Azubi-Ticket. Natürlich gibt es auch jede Menge Musik im Park, verspricht Anke Unger.

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 28./29.04.2018

Zur Jury des Integrationspreises gehören (von links) Murisa Adilovic (Integrationsrat), Sozialdezernent Ingo Nürnberger, Harry Domnik (Stiftung Solidarität), Mehmet Ali Ölmez (Integrationsrat), Franz Schaible (Stiftung Solidarität), Nilgün Isfendiyar (Kommunales Integrationszentrum) und Viola Obasohan (Integrationsrat). Foto: Stefan Biestmann

»Füreinander und miteinander«

Neunter Integrationspreis soll gesellschaftliche Beteiligung stärken

Von Stefan Biestmann

Bielefeld (WB). Für Sozialdezernent Ingo Nürnberger ist die Verleihung des Bielefelder Integrationspreises in jedem Jahr »eine der größten Veranstaltungen und Ehrungen« der Stadt. Das zeige die Bedeutung der Auszeichnung. Ab sofort sind Bewerbungen für den Integrationspreis 2018 möglich.

Zum neunten Mal werden die besten Beispiele der Integration in Bielefeld ausgezeichnet. Geehrt werden Menschen und Organisationen, die sich um das Zusammenleben in der Stadt verdient gemacht haben. Initiatoren des mit 10 000 Euro dotierten Preises sind der Integrationsrat, die Stadt Bielefeld und die Stiftung Solidarität.

Das Motto in diesem Jahr lautet »Miteinander – füreinander – Integration ist Beteiligung«. Für Zuwanderer und für die einheimischen Menschen sei das Miteinander sehr wichtig, sagt Nilgün Isfendiyar, Leiterin des Kommunalen Integrationszentrums zum diesjährigen Motto. Und es sei bedeutend, dass die Menschen füreinander da sind. Dabei sei auch eine Begegnung auf Augenhöhe wichtig. Denn Integration sei »kein einseitiger Prozess«, weiß auch Viola Obasohan (Integrationsrat). »Jeder kann sich einbringen.«

Die gesellschaftliche Beteiligung der Zuwanderer sei für die Stadt immanent wichtig, sagt Ingo Nürnberger. Deshalb sollten mit dem Integrationspreis auch Menschen geehrt werden, die Migranten bei dieser Beteiligung unterstützten. Denn so könnten noch mehr Menschen in Bielefeld auch Verantwortung übernehmen.

Es sei aber auch wichtig, zu schauen, wo Integration nicht wie gewünscht funktioniere. »Kritisches muss angesprochen werden«, sagt er. Und die Stadt fördere finanziell besonders Moscheevereine und Migranten-Organisationen, die sich für die Integration in der Stadt engagieren.

Zur Jury des Integrationspreises gehören neben Ingo Nürnberger, Nilgün Isfendiyar und Viola Obasohan auch Mehmet Ali Ölmez und Murisa Adilovic (beide Integrationsrat) sowie Franz Schaible, Harry Domnik und Norbert Müller (alle Stiftung Solidarität). Die Stiftung Solidarität sei einer der Garanten des Integrationspreises, lobt Integrationsratschef Mehmet Ali Ölmez. Die Stiftung sprang vor ein paar Jahren ein, als sich die Stockmeier-Stiftung als Sponsor zurückzog. »Der Integrationspreis ist fester Bestandteil in Bielefeld. Und ich bin fasziniert von der großen Beteiligung«, sagt auch Harry Domnik.

Beteiligung ist auch das Stichwort des Preises 2018. Murisa Adilovic betont, dass von einer Beteiligung auch die Stadt insgesamt profitiere. »Dann können wir für alle eine bessere Zukunft gestalten.«

Der Integrationspreis steht unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Pit Clausen und wird am 29. November im Großen Saal des Rathauses verliehen. Bewerbungen und Vorschläge sind bis zum 15. September möglich. Das Formular kann im Internet heruntergeladen werden:

@ www.stiftung-solidaritaet.de

Bielefeld

Neue Westfälische vom 01/02.05.2018

Gewerkschaft kritisiert „Rentenabzocke“

Betriebliche Altersversorgung: Arbeitnehmer werden zweimal belastet. Krankenkassenbeiträge fallen beim Ansparen der Versicherung ebenso an wie später bei der Auszahlung. Das sei unsozial, sagen Experten

Doppelt belastet: *Betriebsrenten müssten von Krankenkassenbeiträgen entlastet werden, fordert die Gewerkschaft IGBCE.* FOTO: DPA

Von Günther M. Wiedemann

■ **Hannover/Berlin.** „Mit der Doppel-Abzocke von Millionen Betriebsrentnern muss endlich Schluss sein.“ Das fordert Michael Vassiliadis, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) angesichts der aktuellen Debatte um den Abbau hoher Finanzrücklagen in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Auch bei einer Anhörung im Bundestag sprach sich jetzt erneut eine Mehrheit der Experten dafür aus, Betriebsrenten nicht länger mit dem doppeltem Beitrag für Kranken- und Pflegeversicherung zu belasten: Diese Abgaben werden fällig beim Ansparen dieser Altersversorgung und bei deren Auszahlung im Alter.

Dies ist den allermeisten Arbeitnehmern unbekannt, berichten Sozialverbände, und sorgt beim Start ins Rentnerleben für unangenehme Überraschungen und Ärger. Denn zu zahlen sind 19 Prozent, etwa auf Kapitallebensversicherungen. Von ausgezahlt 50.000 Euro bleiben dem Ruheständler am Ende nur 40.500 Euro fürs Alter.

Vassiliadis sagte dieser Zeitung, „die unverhältnismäßig hohen Sozialbeiträge in der privaten Altersvorsorge müssen abgeschafft werden. Kaum ein sozialpolitisches Vorhaben hat die Menschen derart gegen die Politik aufgebracht wie die Einführung des vollen Beitragssatzes auf ausgezahlte Betriebsrenten im Jahr 2004.“

Zuvor war lediglich – wie in der gesetzlichen Rente – der halbe Beitragssatz fällig, auch bei Direktversicherungen. Die damalige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) änderte dies wegen der Finanzmisere der Krankenkassen und begründete die Belastung der Rentner damit, dass diese nur noch 43 Prozent ihrer Gesundheitskosten finanzierten.

Der IBCE-Chef fordert, analog dem Doppelbesteuerungsverbot im Steuerrecht die Doppelverbeitragung komplett abzuschaffen. Mindestens aber zum halben Beitrag wie vor 2004 zurückzukehren. „Die gute Finanzlage bei den Krankenkassen bietet die Chance, offensichtliche Ungerechtigkeiten in der Sozialgesetzgebung abzustellen und gleichzeitig das Vertrauen der Bürger in die betriebliche und private Altersvorsorge wiederherzustellen.“

Die Kosten von 2,4 Milliarden Euro seien bei Rücklagen von 20 Milliarden Euro verkraftbar. Betroffen sind nach Angaben des Vereins der Direktversicherungsgeschädigten in der Bundestags-Anhörung rund sieben Millionen Arbeitnehmer.

Vassiliadis kritisiert in diesem Zusammenhang heftig den neuen Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU), weil dieser Krankenkassen mit besonders hohen Rücklagen zwingen will, ihre Zusatzbeiträge zu senken. „Hier sollen die Arbeitgeber in der rechten Tasche dafür entschädigt werden, dass sie aus der linken Tasche die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung finanzieren müssen.“ Die Entlastung für die Arbeitnehmer seien „marginal“. Weit mehr geholfen sei „ihnen und der gesamten Volkswirtschaft mit einer Entlastung der Betriebsrentner“.

Auf die konnten sich Union und SPD weder in der letzten Legislaturperiode noch in den Verhandlungen zum neuen Koalitionsvertrag verständigen. Ralf Kapschack, SPD-Rentenexperte, sagte dieser Zeitung, seine Fraktion wolle zum halben Beitrag zurückkehren. Er sei aber „nicht sehr zuversichtlich“, dass die Union mitziehe. Er verstehe hier den Koalitionspartner nicht, stellt der Abgeordnete aus NRW fest. Man müsse „dringend etwas machen“, damit Betriebsrenten attraktiver würden.

Gleichwohl wird die SPD im Juni im Bundestag nicht für einen entsprechenden Antrag der Linken stimmen – aus Koalitionsdisziplin. Dabei stand der halbe Beitrag einmal in einer frühen Fassung des Koalitionsvertrages, berichtet Mattias Birkwald, Rentenexperte der Linkspartei. Der Kölner Abgeordnete weist zudem darauf hin, dass Union und SPD im Wahlkampf versprochen hätten, zum halben Beitrag zurückzukehren. Die jetzige Regelung werde „von den Betroffenen als kalte Enteignung wahrgenommen“. Fordert die Linke in ihrem Antrag und rügt: „Die Betroffenen werden um einen Teil ihrer Alterssicherung gebracht.“

Ökonom geißelt Spahns Pläne für Krankenkassen

■ Der geplante Zwang für die gesetzlichen Krankenkassen zur Senkung ihrer Beiträge durch den Abbau von Rücklagen ist nach Ansicht des Gesundheitsökonomen Günter Neubauer wirtschaftlich unklug. „Aus Sicht des Ministers ist es politisch nachvollziehbar zu sagen, dass die Überschüsse jetzt abgebaut werden. Aus Sicht des Finanzsystems und in die Zukunft gedacht ist es allerdings nicht klug“, sagte Neubauer. Rechtlich seien die angesammelten Milliardenreserven zwar durchaus bedenklich, „denn die Krankenkassen sind keine Sparkassen“. Sie müssten die laufenden Ausgaben über laufende Einnahmen abdecken. „Ökonomisch dagegen wissen wir, dass auf die Krankenkassen eine Reihe von Mehrausgaben zukommen“, betonte der Wirtschaftswissenschaftler. Unternehmerisch handelten sie daher richtig, wenn sie Reserven aufbauten, um für neue Aufgaben in der Zukunft gewappnet zu sein. „Ein ständiges Hin und Her beim Beitragssatz kommt auch bei den Versicherten nicht gut an.“

Bielefeld

Westfalen-Blatt vom 03.05.2018

Die kühle Witterung am Mai-Feiertag hat die Teilnehmerzahl am traditionellen Umzug und der anschließenden Kundgebung schrumpfen lassen. Statt 4000 wie in den Vorjahren kommen diesmal nur rund 3000 Menschen zusammen. Foto: Mike-Dennis Müller

Mehr Lohn oder mehr Freizeit

EVG-Chef fordert bei Mai-Kundgebung flexiblere Tariflösungen

Von Michael Schläger

Bielefeld (WB). Wichtige Aufgabe der Gewerkschaften sei es, in den kommenden Tarifrunden noch mehr Flexibilität für die Beschäftigten zu erreichen, sagte Alexander Kirchner, Vorsitzender der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG am Dienstag bei der Mai-Kundgebung des DGB in Bielefeld.

Rund 3000 Menschen waren nach Veranstalterangaben dem Aufruf des Gewerkschaftsbundes gefolgt und zu der Veranstaltung in den Ravensberger Park gekommen. »Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit«, lautete das Motto zum Tag der Arbeit 2018.

Kirchner sagte, es müsse bei den Tarifabschlüssen mehr Wahl-Modelle geben, so, wie sie seine Gewerkschaft bei den Verhandlungen mit der Deutschen Bahn zuletzt durchgesetzt habe. Dort konnten die Beschäftigten wählen, ob sie 2,6 Prozent mehr Lohn, die wöchentliche Arbeitszeit reduzieren oder sechs Tage mehr Jahresurlaub erhalten wollten. Der IG Metall sei es diesmal ebenfalls gelungen, flexible Komponenten in den Abschluss aufzunehmen, lobte Kirchner. Auch in Zeiten einer gut laufenden Konjunktur sei es wichtig, die Tarifautonomie zu verteidigen, warnte er zugleich.

Bielefelds Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD) sagte in seinem Grußwort an die Kundgebungsteilnehmer, heute sei es für viele nicht mehr selbstverständlich, sich in einer Gewerkschaft zu organisieren. »Dabei sorgen nur Gewerkschaften und Betriebsräte dafür, dass die Interessen der Arbeitnehmer auch wahrgenommen werden.« Gleichzeitig hätten die Gewerkschaften eine wichtige gesellschaftspolitische Rolle. »Sie bieten klare Kante gegen Rassismus und rechte Populisten.«

Pit Clausen lobt die Rolle der Gewerkschaften und der Betriebsräte

Für eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns setzte sich DGB-Stadtverbandsvorsitzender Dirk Toepper ein: »8,84 Euro sind noch immer viel zu wenig.« Toepper freute sich, dass trotz der kühlen und teils regnerischen Witterung so viele Menschen dem Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes gefolgt seien. Am vorausgegangenen Demonstrationszug, der am DGB-Haus an der Marktstraße gestartet war, hatten rund 2000 Menschen teilgenommen. Auf der Bühne im Ravensberger Park erinnerten die DGB-Frauen in einer »Jahrhundertrevue« an 100 Jahre Frauenbewegung und Gleichberechtigung. Kulturprogramm und Familienfest schlossen sich an.

Neue Westfälische vom 03.05.2018
Bielefeld

Clausen: klare Kante gegen Rassismus zeigen

Maikundgebung: Die Abschaffung sachgrundlos befristeter Verträge und die Einführung einer Mindestrente sind zentrale Forderungen der Kundgebung. Darüber hinaus erteilen die Redner „eine klare Absage gegen rechts". Auch auf die globale Verantwortung Deutschlands wurde verwiesen

Von Lieselotte Hasselhoff

Bielefeld. „Vielfalt, Gerechtigkeit, Solidarität", so lautete das Motto der vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und Verdi organisierten Kundgebung zum 1. Mai, die ihren Höhepunkt im Ravensberger Park fand. Etwa 2.000 bis 3.000 Menschen, so die Schätzung des Veranstalters, nahmen daran teil. Dazu gehörten Gewerkschaften, Parteien und andere politische Gruppen.

Claudia Schu, Bezirksgeschäftsführerin der Gewerkschaft Verdi, die nebenbei an ihrem Stand Kaffee ausschenkte, erklärte das Motto der Kundgebung. Es stehe für Gerechtigkeit und Solidarität bei Themen wie Renten und Mindestlöhnen. Außerdem nehme es Bezug auf die Vielfalt unter den Arbeitnehmern, die durch die Gewerkschaften vertreten werden: „Gerade im Handel und Gesundheitsbereich gibt es viele Menschen anderer Herkunft", sagt Schu. In jüngster Vergangenheit seien in den Betrieben vermehrt AfD-Vertreter aufgetreten. Deren Einflussnahme wolle Verdi durch Argumentationstrainings für Mitarbeiter gezielt entgegenwirken.

Maikundgebung: *Wie jedes Jahr veranstalten DGB und Verdi eine Demo mit anschließender Kundgebung im Ravensberger Park. Gewerkschaften, Parteien und andere politische Gruppen nahmen teil.* FOTO: CHRISTIAN WEISCHE

Kriege und Hungersnöte und kritisierte die hohen Rüstungsausgaben des deutschen Staates. Er forderte „statt Verdopplung der Rüstungsausgaben, Verdopplung der Entwicklungshilfe". Auch die DGB-Jugend kam zu Wort: sie forderte ein kostenloses Azubi-Ticket für ganz NRW.

Radikalere Forderungen wurden an den Ständen weitab der Bühne präsentiert. Ricardo Kaufer von der Gewerkschaft Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion (FAU) sagte beispielsweise: „Angesichts von Digitalisierung und Automatisierung gehört Arbeitszeitverkürzung bei gleichbleibendem Lohn ganz oben auf die Agenda."

Für Abwechslung sorgte ein Theaterstück der DGB-Frauen, das die Geschichte der Frauenbewegung Revue passieren ließ. Per Zeitreise begegneten sich die Sozialistin Rosa aus dem Jahr 1923, die Hausfrau Margot aus dem Jahr 1942, Anna, die im Jahr 1956 Beruf und Hausfrau-Sein unter einen Hut bringen muss, die Gewerkschafterin Uschi aus dem Jahr 1978 und die Elektronikerin Nicole aus der Gegenwart. Gemeinsam diskutierten sie die Errungenschaften und noch ausstehenden Kämpfe der Frauenbewegung.

Seinen Ausklang fand der offizielle Teil des Festes mit musikalischer Begleitung durch die Songgruppe Hartzlos und die Band Blue Alley. Doch im hinteren Teil des Ravensberger Parks wurde noch lange weitergefeiert: Kleine und große Menschen waren hier versammelt, um gemeinsam zu spielen, zu essen, und zu diskutieren.

In der Nähe des Infostandes der YXK, des Dachverbandes kurdischer Studenten, fanden sich ununterbrochen neue Menschen zusammen, um gemeinsam Halay zu tanzen – eine Volkstanzweise, die unter anderem in der türkischen und kurdischen Kultur verankert ist.

NW.de MEHR FOTOS
www.nw.de/bielefeld